

IN KÜRZE

Neues Parlament für Monaco

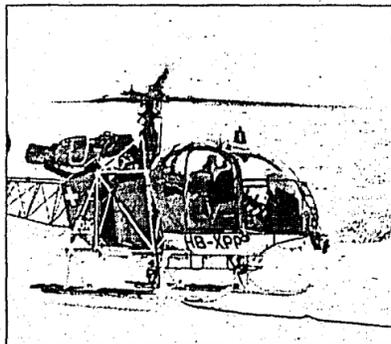
MONACO – Die Einwohner des Fürstentums Monaco haben am Sonntag ein neues Parlament gewählt. Rund 5800 Wahlberechtigte waren aufgerufen, mit ihren Stimmen über die Verteilung der 24 Mandate zu entscheiden. Nach einer Reform des Wahlrechts könnte erstmals ein Vertreter der oppositionellen Union für Monaco einen Sitz erringen. Seit 30 Jahren hat die Nationale und Demokratische Union, die Fürst Rainier nahe steht, alle Sitze inne. Die Abgeordneten durften in diesem Jahr erstmals im Fernsehen um Stimmen werben. Im Mittelpunkt des Wahlkampfes stand der Antrag Monacos um Aufnahme in den Europarat. Die Opposition warf der Nationalen und Demokratischen Union vor, sich für eine Aufnahme in den Europarat nicht ausreichend eingesetzt zu haben. Umfragen vor der Wahl sowie Wählernachfragen nach der Stimmabgabe in dem einzigen Wahllokal des Fürstentums waren untersagt. Offizielle Ergebnisse werden heute erwartet.

Bratfett gegen Kraftstoff

COALISLAND – Autofahrer in Nordirland können ihr benutztes Bratfett gegen Biodiesel-Kraftstoff eintauschen. Das Unternehmen O'Neill's Fuels aus Coalisland bietet diesen Service nach eigenen Angaben an, um die Produktion des umweltfreundlichen Kraftstoffes voranzutreiben. Mit dem Recyceln von verbrauchtem Öl aus Restaurants, Hotels und Imbissbuden kommt die Firma nur auf eine Kapazität von 5000 Litern Biodiesel pro Woche. Daher seien auch Privatleute als Lieferanten erwünscht. Autofahrer erhalten beim nächsten Tanken sieben Pence Rabatt pro Liter, wenn sie zuvor einen Eimer ihres ranzigen Küchenabfalls zur Zapfsäule gebracht haben. «Seit Beginn der Aktion stehen unsere Telefone nicht mehr still», sagte Inhaberin Tracy O'Neill. Biodiesel ist in Nordirland mehr als 20 Prozent billiger als normaler Diesel, der derzeit rund 77 Pence (rund 1.70 Franken) kostet.

Grosseinsatz der Rega

BERN – Der Winter hat sich in der Schweiz am Wochenende von der schönsten Seite gezeigt: In den Wintersportorten herrschten auf den Pisten herrliche Bedingungen. Im Wallis starb ein Snowboarder. Er war mit vier weiteren Personen von einer Lawine erfasst worden. Am Sonntag gingen vor



allem im Osten der Schweiz einige Lawinen nieder, wie das Eidgenössische Institut für Schnee- und Lawinenforschung (SLF) mitteilte. Ein Snowboarder wurde am Mittag am Piz Nair in St. Moritz GR von einer Staublawine mitgerissen und teilweise verschüttet. Er konnte sich unverletzt aus eigener Kraft befreien. Glück hatte eine Gruppe Skifahrer bei einer Variantenfahrt ausserhalb der markierten Pisten im Skigebiet Madrisa oberhalb Klosters GR. Eine Lawine riss einige von ihnen mit. Verletzt wurde aber niemand. Für den Wochenbeginn sagt das SLF noch einmal erhebliche Lawinengefahr voraus. Die Rega war über das Wochenende voll ausgelastet und teilweise an die Grenzen ihrer Kapazität gekommen. Allein am Samstag und Sonntag wurden die Rega-Rettungskräfte 90-mal zu Hilfe gerufen. Die Air Zermatt registrierte am Wochenende 16 Einsätze.

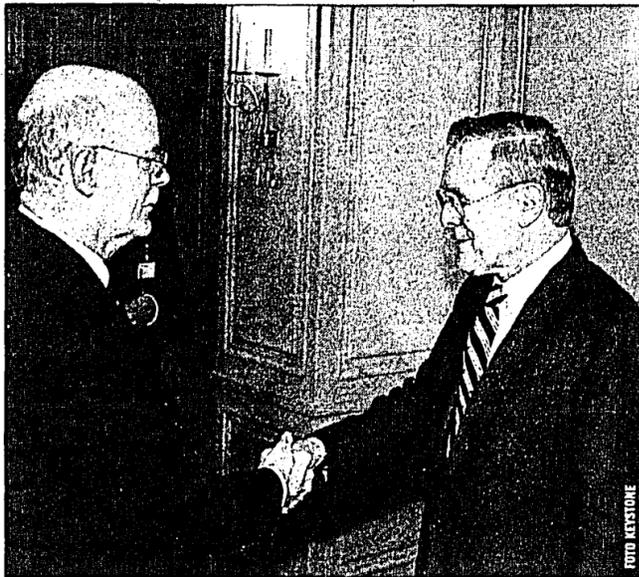
Blauhelme nach Irak?

USA lehnen deutsch-französischen Friedensplan ab

BERLIN – Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder strebt mit Frankreich im UNO-Sicherheitsrat einen neuen Vorstoss zur friedlichen Entwaffnung Iraks durch Blauhelm-Soldaten an. US-Aussenminister Colin Powell wies diesen Friedensplan umgehend zurück.

Es gehe nicht um mehr Waffen-Inspektoren in Irak, sondern um die Erfüllung der UNO-Auflagen, sagte Powell gegenüber US-TV-Stationen. US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld sagte an der Sicherheitskonferenz in München, er habe erst aus der Presse von diesen Plänen gehört. Deshalb sei für ihn eine Stellungnahme unmöglich.

Wie das deutsche Nachrichtenmagazin «Der Spiegel» berichtete, sollen nach dem deutsch-französischen Friedensplan UNO-Blauhelm-Soldaten jahrelang die Kontrolle über Irak übernehmen und so die Abrüstung garantieren. Französische Flugzeuge sollten aus der Luft die Arbeit der Waffen-Inspektoren unterstützen. Die Zahl der Inspektoren würde verdreifacht.



US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld (rechts) nahm an der Sicherheitskonferenz in München nicht Stellung zum neuen Friedensplan.

Die französische Regierung reagierte zurückhaltend auf die Debatte um den Friedensplan in Deutschland. Ein Sprecher des französischen Aussenministers Dominique de Villepin sagte, Frankreich habe

bereits vergangene Woche vorgeschlagen, die UNO-Inspektionen in Irak zu verstärken. Dies würde derzeit mit Deutschland sowie mit anderen Partnern debattiert. Russlands Verteidigungsminister Sergej

Iwanow kündigte bereits die Unterstützung seines Landes an, wenn der UNO-Sicherheitsrat den deutsch-französischen Vorstoss aufgreife.

Auch Belgien ärgert USA

Neben Deutschland und Frankreich liegt auch Belgien nicht auf der US-Linie. Es will eine US-Anfrage um militärische Unterstützung durch die NATO im Falle eines Irak-Krieges verhindern. Brüssel kündigte am Sonntag sein Veto an, um die Hilfsanfrage zu blockieren. Bis Montag werde NA-TO-Generalsekretär George Robertson in einem Brief darüber informiert, dass Belgien von seinem Veto-Recht Gebrauch mache, sagte der belgische Aussenminister Louis Michel. US-Aussenminister Colin Powell reagierte ungnädig: ein Veto wäre «unverzeihlich». «Ich hoffe, dass die Deutschen, die Franzosen und die Belgier darüber in den nächsten 24 Stunden noch anders denken», sagte Powell. Für die NATO sei nun die «Zeit, sich zu sammeln und hinter einen unserer NATO-Kollegen zu stellen», fügte er mit Blick auf die Türkei hinzu.

Scharon hat neue Ziele

Israelischer Ministerpräsident fordert Ablösung der Palästinenser-Regierung

JERUSALEM – Der israelische Ministerpräsident Ariel Scharon hat am Sonntag einen Wechsel an der Spitze der Palästinenser-Regierung zum Ziel seiner neuen Amtszeit erklärt.

«Die neue israelische Regierung wird die Kampagne gegen den Terror fortsetzen, die terroristische Führung absetzen und die Bedingungen für den Antritt einer neuen palästinensischen Führung schaffen müssen, mit der es möglich sein wird, richtigen Frieden zu schliessen», sagte Scharon im israelischen Fernsehen.

Arbeitspartei lehnt ab

Zuvor hatte Präsident Mosche Katzav ihn mit der Bildung einer Regierungskoalition innerhalb von 28 Tagen beauftragt. 87 der 120 Abgeordneten im Parlament hätten ihm empfohlen, Scharon mit der Regierungsbildung zu beauftragen,



Ariel Scharon hat am Sonntag seine neuen Ziele für seine neue Amtszeit bekannt gegeben.

sagte Katza in einer vom Radio übertragenen Zeremonie. Nach dem Wahlsieg seiner Likud-Partei vor knapp zwei Wochen hatte Scharon eine Regierung der nationalen Einheit gefordert. Wegen seiner harten Haltung gegenüber den Palästinensern hat die zweitstärkste Kraft im Parlament, die Arbeitspartei, eine Beteiligung jedoch abgelehnt.

Treffen mit Ahmed Korei

Als Alternative steht Scharon eine Koalition mit mehreren rechten Parteien offen, die allerdings nur über eine knappe Mehrheit im Parlament verfügen würde. Sie würde weltliche und religiöse Parteien umfassen. Die Arbeitspartei hatte von Scharon gefordert, die Gespräche über einen Friedensplan mit den Palästinensern wieder aufzunehmen. Der Ministerpräsident hatte als Voraussetzung dafür stets ein Ende der Anschläge gegen Isra-

el gefordert. Am Mittwoch hatte Scharon sich indes mit dem palästinensischen Parlamentspräsidenten Ahmed Korei getroffen, wie inzwischen auch von palästinensischer Seite bestätigt wurde. Dabei bot er ihm nach Angaben eines israelischen Regierungssprechers an, die Armee schrittweise aus jenen besetzten Städten im Westjordanland zurückzuziehen, in denen palästinensische Sicherheitskräfte aus eigenem Antrieb gegen radikale Palästinenser vorgingen.

Aufruf der USA

Aus Regierungskreisen verlautete, Aufrufe der USA zur Eindämmung des Konflikts mit den Palästinensern im Vorfeld des Irak-Krieges hätten zu dem Treffen geführt. «Die Kontakte wurden von den Amerikanern als Teil ihrer Bemühungen, den Konflikt einzudämmen, begrüsst und begleitet», hiess es.

Botschafter weg

Indien und Pakistan streiten weiter

NEU DELHI/ISLAMABAD – Im Streit um die umkämpfte Kaschmir-Region ist der diplomatische Schlagabtausch zwischen den Atommächten Indien und Pakistan mit der Ausweisung der amtierenden Botschafter eskaliert.

Indien wies Jalil Abbas Jilani, den stellvertretenden pakistanischen Botschafter in Neu Delhi, sowie vier weitere Diplomaten wegen angeblicher Unterstützung des Terrorismus in Kaschmir aus.

Pakistan reagierte am Samstag mit der Ausweisung des stellvertretenden indischen Botschafters Sudhir Vyas und vier seiner Mitarbeiter. Die indische Regierungspartei BJP forderte am Sonntag, die

pakistanische Botschaft ganz zu schliessen. Innenminister Lal Krishna Advani sagte jedoch, es gebe keine derartigen Pläne.

Beobachter sind besorgt

Vor drei Wochen hatten beide Länder schon einmal Diplomaten ausgewiesen. Beobachter sind besorgt, weil es nach der Krise im vergangenen Jahr zu keinen Verhandlungen kam. Auch die Flug-, Bus- und Zugverbindungen zwischen Indien und Pakistan sind nach wie vor unterbrochen. Im vergangenen Jahr hatten sich die Spannungen zweimal zur Kriegsgefahr gesteigert. Wegen der Krise waren die verfeindeten Nachbarn schon nicht mehr mit Botschaftern im jeweils anderen Land vertreten.

Wieder ein Anschlag

In Spanien wird Polizist getötet

ANDOAIN/SPANJEN – Tausende Menschen haben am Sonntag nach einem der baskischen Untergrundorganisation ETA zugeschriebenen Anschlag auf einen Polizisten gegen die politisch motivierte Gewalt demonstriert.

Der Protestkundgebung schlossen sich Politiker, Gewerkschafts- und Kirchenvertreter an. Tags zuvor war im Baskenland wieder ein Polizist erschossen worden. Der oder die Täter gaben in der Kleinstadt Andoain, zehn Kilometer südlich von San Sebastian, drei Schüsse auf den Beamten ab, von denen ihn mindestens einer am Kopf traf. Zu der Tat bekannte sich zunächst niemand.

Der Polizist wurde nach den Schüssen auf ihn ins Krankenhaus eingeliefert und am Samstagabend für klinisch tot erklärt. «Es gibt keinen Zweifel, dass die ETA hinter dem Anschlag steckt», erklärte der Generalsekretär der Sozialistischen Partei im Baskenland, Patxi Lopez.

Kampf geht weiter

Ministerpräsident Jose Maria Aznar kündigte an, seine Regierung werde weiter entschlossen gegen alle vorgehen, die ihre politischen Ansichten mit Terror verbreiteten. Die Untergrundorganisation ETA kämpft seit 1968 für die Unabhängigkeit des Baskenlandes von Spanien. Dabei wurden bisher mehr als 800 Menschen getötet.